

Freie Wähler Rödental e. V.

Herrn André Schad
Mittelberger Straße 17
96472 Rödental

Ihre Stellungnahme zum Bürgerbegehren

Sehr geehrter Herr Schad,

Coburg, 3. Februar 2025

Jens Büschel-Girndt
Schriftführer

Jens.Bueschel-Girndt@fdp-coburg-land.de
Tel.: 0179 9755352

FDP-Kreisverband
Coburg-Land
Richard-Wagner-Str. 6
96472 Rödental

vorstand@fdp-coburg-land.de
www.fdp-coburg-land.de

in Ihrer Stellungnahme zum Bürgerbegehren nehmen Sie sachlich zu dem von uns initiierten Bürgerbegehren Stellung. Dafür erst einmal vielen Dank.

Ihre auf der **Website unter „Aktuelles“** in den ersten Absätzen vertretene Auffassung teilen wir. Es geht nicht darum, einer Unzufriedenheit dadurch Ausdruck zu verleihen, dass ein Vorhaben „aus Protest“ verhindert wird. Es geht um eine Entscheidung, die massive Konsequenzen für die Stadt Rödental haben wird. Dessen sind auch wir uns bewusst. Auch der Gefahr, dass das Bürgerbegehren zum Anlass genommen wird, unsachlich Stimmung zu machen. Bleiben wir bei den bekannten Fakten und vertrauen wir darauf, dass die fehlenden noch offengelegt werden.

Sie führen aus, dass die Stadtwerke im Rathaus untergebracht werden sollen, tatsächlich geht es nach unserer Kenntnis um die Verwaltung. Die Werkstatt und das Lager bleiben über das Stadtgebiet verteilt und damit bleiben auch die langen Wege, die Zeit und Geld kosten, bestehen. Vielleicht wäre eine Konzentration aller Betriebsteile an einem Ort, wie sie die SÜC in Coburg vorgenommen hat sinnvoller?

Sie beziffern die Kosten der Durchführung des Bürgerentscheides mit 25.000 €. Dies erscheint uns sehr hoch. Gibt es Erfahrungswerte oder eine Kalkulation? Wir würden die Kosten, an denen das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid, bei dem es um Millionen geht, aber nicht scheitern sollte, gerne nachvollziehen.

In Ihrem **Handout „Fortschritt braucht Veränderung“** legen Sie dar, dass die Sanierung jetzt notwendig ist. Auch hier sind wir bei Ihnen.

Es geht uns, wie in allen unseren Veröffentlichungen nachzulesen ist, nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Weil keine detaillierten Informationen zugänglich sind, stützen wir uns auf die (durchaus wechselnden) Aussagen des Herrn Bürgermeister Steiner und die uns anonym zugespielten Bauunterlagen. Aus diesen Informationen haben wir, wie im Detail auf unserer Website nachzulesen ist, die Überzeugung gewonnen, dass die technisch und rechtlich notwendige Sanierung

Der Kreisverband Coburg-Land ist eine Untergliederung des

FDP Landesverband Bayern e.V.
Goethestraße 17, 80336 München
Telefon: +49 89 126 009-0, Telefax: +49 89 126 009-30
E-Mail: mail@fdp-bayern.de, Internet: www.fdp-bayern.de

Vereinsregister-Nr.: VR 7714,
Amtsgericht München, Sitz: München
Vorsitzende: Martin Hagen und Katja Hessel
Geschäftsführer: Felix Meyer

deutlich günstiger möglich ist und die darüber hinaus gehenden Maßnahmen, wie z.B. die Fassadenfotovoltaik betriebswirtschaftlich fraglich sind.

Auch bei Ihnen ist von verlorenen Planungskosten in Höhe von 1 Mio €, die die Stadt getragen habe, die Rede. Dies können wir anhand der Ausschreibung der Architektenleistung und der HOAI nicht nachvollziehen. Zudem dürften sich auch ohne Aufstockung große Teile der aktuellen Planung oder der beiden Vorplanungen ohne Aufstockung, die sicherlich auch nicht billig waren, verwenden lassen.

Gleich gilt für die behaupteten Folgen eines Baustopps. Die Behauptung, dass eine Verzögerung aufgrund von Förderungen oder Zuschüssen einen „Millionenschaden“ zur Folge habe, wird durch Wiederholung nicht überzeugender. In den aktuellen Informationen der Stadt Rödental ist die Rede davon, dass mit Fördermitteln von ca. 6,6Mio € **gerechnet** werde. Bewilligt sind sie scheinbar noch nicht, zumindest ist kein Förderbescheid bekannt. Warum noch nicht bewilligte Fördermittel zurückgezahlt werden müssten, erschließt sich nicht. Wenn die von Herrn BM Steiner erwähnten „Zuschüsse“ die Planung betreffen, dürfte die Abrechnung dieser Leistungen bis Ende 2028 kein Problem sein. Die Stabilisierungshilfe ist ohnehin nicht zweckgebunden, wie in den Richtlinien nachzulesen ist.

Durch entsprechende Nachfragen bei den Behörden wird diese Frage zeitnah geklärt werden.

Die Behauptung, das Rathaus und die Stadtwerkgebäude (welche?) blieben bei Erfolg des Begehrens weiter sanierungsbedürftig, ist definitiv falsch. Nach unserem Vorschlag wäre das Rathaus ohne Aufstockung sinnvoll saniert und das Gebäude Bürgerplatz 3 würde einer sinnvollen Nutzung zugeführt (dort könnte z.B. ein innovatives Bürgerzentrum mit den von der Stadt Rödental am Ende der Informationen auf der Website genannten Anlaufstellen geschaffen werden).

Auch am Argument, dass die Sanierung des Gebäudes Bürgerplatz 3 genauso viel koste, wie die Aufstockung, nämlich 3,5 Mio €, haben wir ernsthafte Zweifel. Nach unseren Informationen gibt es eine Kostenschätzung, die mit 1 Mio € endete. Aufgrund des Zeitablaufes könnten jetzt 1,5 Mio € relevant sein, das sind aber immer noch 2 Mio € weniger. Gibt es eine aktuelle Kostenschätzung?

Bei Ihrer Aufstellung übersehen Sie auch, dass eine sinnvolle und zweckmäßige Sanierung des Rathauses sicherlich keine 13 Mio €, wie derzeit veranschlagt kosten wird. Wurden im Rahmen der Vorplanung(en) Kostenschätzungen erstellt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Bitte überdenken Sie im Interesse einer sachlichen und zielführenden Diskussion, von der die Demokratie, auch oder besonders in der Gemeinde lebt, vor diesem Hintergrund Ihre Rechnung und die unseres Erachtens irreführende Grafik. Danke.

Noch ein Hinweis:

Es ist auch sinnvoll zu unterschreiben, wenn man gegen unsere Forderungen ist. Mit der Unterschrift wird nicht die Forderung unterstützt, sondern eine Entscheidung über die gestellten Fragen beantragt. Im Bürgerentscheid kann man dann mit „Nein“ stimmen. Eine hohe Beteiligung führt zu einem repräsentativen Ergebnis und macht auch ein (wohl geplantes) gegenläufiges Ratsbegehren überflüssig. Je schneller die Bürger entscheiden, wenn sie es denn wollen, desto besser.

Mit freundlichen Grüßen
Jens Büschel-Girndt